Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 174. Abendblatt. Freitag, den 12. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. April. Nachdem der Reichstag heute die Spezialberathungen über den Verfassungs-Entwurf beschlossen hat, findet an demselben Tage die erste Sitzung der Konferenz der Regierungs-Bevollmächtigten statt, und es ist anzunehmen, da die Bevollmächtigten im Laufe der Verhandlungen Gelegenheit gehabt, sich mit ihren Regierungen über die Stellung derselben zu den Beschlüssen im Einvernehmen zu setzen, daß die Entscheidungen der Konferenz dem Reichstage schon in der Montagssitzung vorgelegt werden und dem Präsidium des Hauses noch vorher zugehen können. In welcher Richtung die Regierungen zu den Beschlüssen des Reichstags voraussichtlich Stellung nehmen werden, läßt sich im Allgemeinen und annähernd auch aus dem Inhalte der heutigen „Prov.-Corr." erkennen. Derselbe bestätigt, wie Sie finden werden, was ich Ihnen bereits darüber berichtet habe. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit nur noch an die Worte des Grafen Bismarck in seiner Rede am 11. v. M., auf welche man auch von anderer Seite unzutreffender Weise in dieser Frage hingewiesen hat. Der Ministerpräsident sagte unter Anderem: „Ich halte es nicht für gut, daß man das Bedürfniß hat, den parlamentarischen Einfluß, den man erstrebt und den wir ja gerne dem Parlamente gönnen, vorzugsweise an der Armee zu üben, während mannigfache andere Felder immer übrig bleiben, um ihn zu üben; ich fürchte die Vermischung der Frage über die Grenze zwischen palamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der Frage von der Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber." — Die „Kreuz-Zeitung" dementirt mit Recht heute dee Nachricht der „B.- u. H.-Z." über eine angebliche Depesche der preußischen Regierung an das würtemberger Kabinet. Die preußische Regierung erkennt die verfassungsmäßigen Verpflichtungen der süddeutschen Regierungen zur Vereinbarung mit den Landtagen über die abgeschlossenen Verträge selbstverständlich vollkommen an. — Es bestätigt sich, daß der sächsischen Regierung für die Uebertragung der Postverwaltung an Preußen eine Entschädigung von 350,000 Thaler pro Jahr zugesichert worden ist und daß die Vorbereitungen zur Uebernahme des Königl. sächsischen Postwesens bereits getroffen werden. Auch zur Herabsetzung des Brief-Porto's werden einleitende Schritte gethan. — Von heute ab wird hier 3 Mal wöchentlich unter dem Namen „Correspondence de Berlin" eine Korrespondenz in französischer Sprache erscheinen, welche wohl hauptsächlich den Zweck hat, in zuverlässiger und objektiver Weise der französischen Presse die Information über die politischen Verhältnisse Deutschlands zu erleichtern. — Die zurückhaltende Weise, in welcher die „Prov.-Corr." heute die Luxemburger Frage berührt, läßt wohl annehmen, daß man auch in der Erklärung des Ministers de Moustier noch keine einheitliche Klärung findet.

Berlin, 11. April. Man bezweifelt, daß eine europäische Konferenz wegen Luxemburgs in naher Aussicht stehe. Preußen hat keine Einwendungen dagegen. Ob es Frankreich damit Ernst ist, soll trotz der äußerlichen Geneigtheit noch nicht zuverlässig konstatirt sein. Die Angelegenheit wird vorerst auf dem Wege diplomatischer Korrespondenz verhandelt. — Es bestätigt sich, daß die militärischen Arrangements mit Hessen-Darmstadt geregelt sind. Dagegen sind die Nachrichten wegen eines Abkommens bezüglich der süddeutschen Festungen verfrüht. Die süddeutschen Regierungen sollen andererseits mit den militärischen Einrichtungen noch im Rückstande sein.

— In den Abgeordnetenkreisen wird angenommen, daß die Aussichtrn auf Verständigung in der Militär- und in der Budget-Frage noch nicht abgeschnitten sind.

Berlin, 11. April. Die „N. Allg. Ztg." hebt hervor, die Festung Luxemburg hätte die nationale Verpflichtung, dem deutschen Bunde zum Schutze zu dienen, sowie den internationalen Zweck, die belgische Neutralität zu garantiren. Die Auflösung des deutschen Bundes hat diese Stellung nicht geändert. Preußen würde, wenn es die Besetzung Luxemburgs jemals ohne Zustimmung der Londoner Konferenzmächte aufgebe, seine nationalen und internationalen Verpflichtungen als Bundesglied und Großstaat verletzen. Diesen Erwägungen scheint auch die Rede Moustiers folgen zu wollen. Daß die Absicht, Luxemburg in den Nordbund aufzunehmen nicht besteht, habe Bismarck bereits im Reichstag erklärt.

— (N. Allg. Ztg.) Heute liegen bereits mehrfache Bestätigungen unserer Ansicht vor, daß die luxemburgische Frage keineswegs den bedrohlichen Charakter habe, der ihr einige Tage hindurch von der öffentlichen Meinung zugeschrieben worden war. Die offiziösen Journale von Paris konstatiren ausdrücklich, daß die Erklärungen, welche Herr de Moustier im gesetzgebenden Körper abgegeben, darauf hinzielten, die Entstellungen, welche von einem skandalsüchtigen Theil der Presse über die Situation verbreitet wurden, zu berichtigen. So interpretirt der „Abendmoniteur" die ministerielle Erklärung, während der „Constitutionnel" aus derselben den Schluß zieht, daß es gar keine zwischen dem Pariser und Berliner Kabinet engagirte Frage giebt. Die Luxemburger Angelegenheit sei eben der Erwägung jener Mächte überwiesen, welche die Verträge von 1839 unterzeichnet haben, und nachdem die französische Regierung erklärt habe, daß sie mit vollkommenster Loyalität sich an dieser Prüfung betheiligen werde, seien Befürchtungen in keiner Weise gerechtfertigt. Andere Journale, welche anfänglich sehr eifrig für eine Aktionspolitik plaidirten, haben umgesattelt und empfehlen nur die Neutralisirung Luxemburgs. Bedeutsamer jedoch, als die Stimmen der Presse, sprechen Thatsachen für die geminderte Aufregung. Die Majorität des gesetzgebenden Körpers hat erkannt, daß die Fortsetzung der Diskussion über Luxemburg höchstens den Erfolg haben könne, der Opposition Gelegenheit zu ihren Philippiken zu geben, durch welche das Publikum nicht aufgeklärt, wohl aber im höchsten Grade beunruhigt werden muß; es ist also in Folge dieser Erkenntniß die von der Majorität eingebrachte Interpellation über Luxemburg zurückgezogen und die von den oppositionellen Fraktionen ausgegangenen sind verworfen worden. Im Senat war gleichfalls eine Interpellation über die schwebende Frage angemeldet worden, aber auch diese ist, wie die „Patrie" meldet, wieder zurückgezogen worden.

— Die „N. Pr. Z." schreibt: Nach einem Ministerial-Reskript wird seitens des Banquiers Spiridion Baltazzi in Konstantinopel in Verbindung mit mehreren deutschen Kaufleuten beabsichtigt, deutsche Ackerpächter aus Holstein, Mecklenburg, Pommern und Hannover, und Weinbauer aus den Rheinprovinzen behufs Kultivirung von Ackerflächen, zur Uebersiedelung nach Klein-Asien zu veranlassen. Es werden zu dem Ende von den Unternehmern Bedingungen gestellt, welche an sich nicht ungünstig erscheinen, deren Erfüllung indeß nach den von der Königlichen Gesandtschaft in Konstantinopel mitgetheilten Erfahrungen sehr in Frage gestellt werden muß, so daß allem Anschein nach zu befürchten steht, daß die Opfer dieser Spekulation der traurigsten Zukunft entgegen gehen werden. Mit der Anwerbung von Auswanderern der gedachten Kategorie ist der Wirthschafts-Inspektor Baltazzis, Namens Jaspar Friedrich Kern, ein geborner Mecklenburger, der sich längere Zeit in Australien aufgehalten und sich schon dort mit Kolonisation beschäftigt hat, beauftragt worden. — (Wie wir aus einem Erlaß des Oberpräsidiums für Schleswig-Holstein ersehen, sind dort die Polizeibehörden angewiesen worden, auf Kern zu vigiliren und denselben im Betretungsfalle über die Grenze zu dirigiren.)

— Dem Vernehmen nach ist die Königin Marie jetzt entschlossen, Hannover zu verlassen und sich nach der Villa Hietzing bei Wien zu ihrem Gemahl zu begeben.

— Die friedliche Signatur, welche die neuesten Nachrichten aus Frankreich tragen, wird auch durch die Thatsache des Ministerwechsels in Florenz und der Emporhebung Rattazzis an das Staatsruder Italiens nicht wesentlich beeinträchtigt. Zwar ist dieser Mann der entschiedenste Anhänger des Kaisers Napoleon (mit welchem er durch seine, nicht des glänzendsten Rufes genießende Gattin weitläufig verschwägert ist) und der wärmste Fürsprecher des engen Anschlusses Italiens an Frankreich, allein er ist dennoch ungefährlich, weil er einestheils ein ganz unbedeutender Kopf, anderentheils auch deshalb zu einem weittragenden Eingreifen in die Geschicke seines Landes nicht vermögend ist, weil alle Welt ihn als das Werkzeug des Herrschers an der Seine kennt, und man daher Mißtrauen und Geringschätzung seiner Politik entgegenträgt. Rattazzi hat noch immer, sobald stürmische Zeiten eintraten, sich in den Hintergrund der politischen Bühne zurückziehen müssen, und wird seinem jetzigen Amtsantritte um so weniger Wichtigkeit beigelegt, da Italien gar nicht in der Lage ist, sich schon wieder an einer kriegerischen Aktion zu betheiligen, da ferner für die Interessen dieses Landes weit eher von einem Zusammengehen mit Preußen, welchem es schon so großen Dank schuldet, und gegen Frankreich, das ihm noch niemals andere, als egoistisch sich motivirende Dienste geleistet hat, Förderung zu erwarten, als von einem entgegengesetzten Verhalten; da endlich die Sympathieen des Volkes, wie seines Königs, in vollem Bewußtsein dessen, was die Vergangenheit hier mahnend, dort warnend spricht — was die Zukunft hier verheißend, dort drohend birgt, nach Deutschland hin und von Frankreich ab sich wenden.

— Die Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes treten jetzt täglich unter dem Vorsitz des Grafen Bismarck zu einer Berathung im Gebäude des Staatsministeriums zusammen. — Inzwischen hat Präsident Dr. Simson eine Zusammenstellung der Verfassungsvorlage mit den vom Reichstags beschlossenen Abänderungen drucken und vertheilen lassen. Unverändert angenommen sind nur die Art. 1—3 (Bundesgebiet, Gesetzgebungs-Kompetenz, Indigenat), Art. 6 (Bundesrath), Art. 9—10 (Berechtigungen der Mitglieder des Bundesraths), Art. 13—15 (Berufung des Bundesraths und des Reichstags), Art. 17 (Vorlagen für den Reichsrath), Art. 19, 20 (Ernennung der Bundesbeamte, Exekution gegen Bundesglieder), Art. 25 (Legitimationsprüfung), Art. 27, 28 (Unverantwortlichkeit der Abgeordneten), Art. 30—40 (Zoll- und Handelswesen), Art. 44 (Eisenbahn), Art. 45—49 (Post und Telegraphie), Art. 52 (Konsulate), Art. 53—54 (Bundeskriegswesen), Art. 59—64 (Militärwesen), Art. 70 (Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten).

— Aus Mecklenburg, 5. April, schreibt man dem „H. C.": Der Plan, Wismar zu einem Bundeskriegshafen zu machen, scheint in neuester Zeit wiederum ernstlich ventilirt worden zu sein. In diesen letzten Tagen ist an die Kommandantur von Wismar der Befehl ergangen, daselbst ein Bureau zu errichten, welches die geeigneten Feststellungen zu machen habe, um die nähere Prüfung des erwähnten Projektes zu ermöglichen.

Königsberg i. Pr., 5. April. Die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Geh. Rath Kieschke in sein Amt erfolgte am 2. d. in der Stadtverordneten-Sitzung durch den Ober-Präsidenten Dr. Eichmann. Aus der Einführungs-Rede des letzteren heben wir folgende Sätze heraus: . . „Durch die von Gott verliehenen Siege des vorigen Jahres ist unser Vaterland auf eine Stufe der Macht und des Ruhmes gelangt, wie nie zuvor. Als leuchtender Mittelpunkt dieser kriegerisch und politisch bewegten Zeit tritt das Bild unseres Königs hervor. Nach den siegreichen und großen Erfolgen des Krieges war das erste Werk des Königs, den preußischen Landtag mit Worten des Friedens und der Versöhnung, welche im ganzen Lande die freudigste Aufnahme fanden, zu eröffnen. Die Friedens- und Versöhnungs-Botschaft ist auch nicht ohne reichlichen und heilvollen Einfluß auf diese Stadt geblieben. Die Schroffheit der politischen Gegensätze ist abgeschwächt, und es ist der Stadtverordneten-Versammlung gelungen, sich zur Wahl eines Mannes zu vereinigen, zu der wir uns Alle Glück wünschen dürfen. . . . Die wachsenden Bedürfnisse der Kommune haben die knapp zugemessenen Mittel sehr in Anspruch genommen. In früherer Zeit sind manche nothwendige Ausgaben aus schlecht verstandener Sparsamkeit zurückgelassen, welche jetzt schwer drücken. Auf Sie, Herr Ober-Bürgermeister, sehen Ihre Mitbürger voll Vertrauen als auf einen bewährten Administrator, der die Angelegenheiten dieser großen Stadt, welche ja auch die Stätte Ihrer Jugendbildung ist, gut leiten werde. Sie erwarten von Ihnen eine sorgsame, energische und wohlwollende Verwaltung, erwarten, daß Sie den Wohlstand der Stadt fördern und erhalten werden."

Hiernächst folgte die Begrüßungsrede des Stadtverordneten-Vorstehers Dickert, worauf der neue Ober-Bürgermeister das Wort ergriff, um seinerseits die Ansichten, Absichten und Hoffnungen darzulegen, mit denen er in das neue Amt eintrete. Anknüpfend an die Aussprüche des Ober-Präsidenten und die Hoffnung auf die Handreichung der Königlichen Oberbehörden zu Gunsten der Stadt betonend, sagte der Redner u. A.: Wir leiden noch an den Nachwehen der schweren Drangsale, welche vor fünfzig Jahren ein blutiger Krieg über Stadt und Provinz gebracht; wir leiden an den Lasten, welche das letzte Jahr uns auferlegt, wir leiden unter der entfernten Lage am äußersten Ende der Monarchie, wir leiden daran, daß ein engherziger Nachbar sein Haus dem freien Verkehr verschließt. Es bedarf unserer ganzen Energie, um diese Verhältnisse zu überwinden, und der Unterstützung der Staatsregierung, wo unsere Kräfte nicht ausreichen. Möge sie uns nirgend versagt bleiben! . . . Die Geschichte hat mich gelehrt, daß selbst blühende Gemeindewesen in Verfall kommen, wenn die städtischen Behörden in Zwietracht geriethen. Ich weiß, daß ich nur in Eintracht mit Ihnen (den Stadtverordneten) das Wohl der Stadt zu fördern vermag. Nach Allem, was ich gehört, bringen Sie mir Vertrauen entgegen. Lassen Sie uns im gemeinsamen Streben dieser alten Stadt eine segensreiche Zukunft bereiten, eine blühende Entwickelung sichern.

Darmstadt, 9. April. Der „H. L." wird geschrieben: Die Einführung des preußischen Exerzir-Reglements bei der Großherzoglichen Division ist nunmehr zur Gewißheit geworden; es werden die darauf bezüglichen Instruktionen und Vorschriften demnächst auf dienstlichem Wege zur Vertheilung gelangen.

Frankfurt a. M., 9. April. Bekanntlich hat die Bundes-Liquidations-Kommission erst ganz kürzlich über die Pensionen der Beamten, Diener rc. des vormaligen deutschen Bundes Beschlüsse gefaßt. Die Gesammtsumme beträgt 538,631 fl. Hiervon fallen auf Preußen 433,944 fl. Oesterreich erhält für die Uebernahme des Bundeskanzlei-Direktors v. Dumreicher 30,305 fl.; Würtemberg (für die Uebernahme des Oberkriegskommissars Habermaas) 44,949 fl.; Großherzogthum Hessen 23,372 fl. Die Vertheilung der Gesammtpensionssumme wird unter die ehemaligen Bundesstaaten nach der Matrikel erfolgen. Auf Oesterreich trifft darnach 169,319 fl., auf Preußen 141,955 fl., auf Hannover 23,309 fl., auf Würtemberg 24,918 fl., auf Kurhessen 10,140 fl., auf Holstein-Lauenburg 6428 fl., auf Nassau 5406 fl., auf Homburg 357 fl., auf Frankfurt 854 fl. Die Zahl der Pensionirten ist in folgende Kategorien getheilt: 1) Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee 25 (von Preußen allein übernommen) 2) bereits bewilligte Pensionen 5; 3) Offiziere und Beamte der ehemaligen deutschen Flotte 11, mit einer fixirten Summe von 115,056 fl. (unter diesen figurirt Herr Hannibal Fischer mit 525 fl.; 4) bei Auflösung des Bundes in dessen aktiven Dienst gestandene Beamten und Diener 26 mit 391,049 fl.

Hamburg, 15. April, Abends. Nach einem von der „Börsenhalle" veröffentlichten Privattelegramm hat der König von Holland zu Gunsten seines Bruders, des Prinzen Heinrich, als Großherzog von Luxemburg abgedankt.

Aus Mitteldeutschland, 7. April. Der unbefangene Beobachter der französischen Zustände und der französischen Parteien wird seit dem Prager Frieden die Wahrnehmung gemacht haben, daß ein Geist der Unruhe, des Neides und der Händelsucht dort heimisch geworden ist, welcher zu ernsten Bedenken veranlaßt. Jene Begierde nach Neuerungen, nach neuen Ereignissen, welche Cäsar als Eigenthümlichkeit der Gallier bezeichnete, ist wieder in alter Leidenschaftlichkeit hervorgetreten. Die einzelnen Parteien hoffen von einer Umgestaltung der Verhältnisse den Sieg ihrer Tendenzen, die Herrschaft ihrer staatlichen oder sozialen Prinzipien. Auf diese Sachlage ist schon oftmals hingewiesen, und ein Vergleich der Reden des Herrn Thiers mit dem Briefe des Grafen Chambord läßt erkennen, daß Orleanisten und Legitimisten in der auswärtigen Politik ein und dasselbe Ziel verfolgen, weil sie dadurch die Unterstützung der Massen für ihre dynastische Zwecke zu erreichen hoffen. So lange diese Gährung nur diejenigen Kreise zersetzte, welche dem Kaiserlichen Hause feindlich sind, war die Gefahr einer Beeinflussung des französischen Kabinets als solchen nicht erheblich; aber, seitdem bei Personen des Kaiserlichen Lagers sich dieselbe Unruhe des Gemüths, dieselbe Neuerungssucht eingestellt hat, seitdem, wie wir hören, in den Kreisen der höchsten Beamten die angestrengtesten Versuche gemacht werden, die Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Fragen nach außen zu lenken und dieses mit den Vorstellungen der Eroberung so wie der Demüthigung der Nachbarn zu erfüllen, erscheint der Frieden in bedenklicher Weise gefährdet. Möchte es doch dem Kaiser gelingen, seine bewährte tiefe Einsicht von dem, was Frankreich und seiner Dynastie zum Heile gereicht, auch jetzt zur Herrschaft gelangen zu lassen, wo alle Parteien Frankreichs, oder besser gesagt, der französischen Hauptstadt sich gegen das neue Deutschland die Hand gereicht haben! Sie hoffen alle, durch einen Krieg nach außen die inneren Schäden, und zwar jeder in seinem Sinne, zu

heilen. Der Kaiser, darüber stimmen erfahrene Männer in Paris überein, ist nicht ihrer Meinung. Aber er steht, fast könnte man sagen, einsam, wie ein Fels im Meere, umbraust von den Wogen der Leidenschaft. Seine Organe scheinen ihm zwar den Dienst nicht zu versagen, aber seine Anordnungen in einer Weise auszuführen, welche zu Situationen überleitet, die nicht vom Kaiser beabsichtigt sind, in die er aber wider Wissen sich versetzt sieht und aus welchem er mit Ehren nicht wieder heraus kann, ohne dem Schwerte die Entscheidung zu überlassen. Die Leute schildern dem Kaiser die Stimmung Deutschlands, als sei eine große Aufregung gegen Preußen vorhanden. Die neuen Landestheile erwarteten nur den Augenblick, um das preußische Joch abzuschütteln. Blätter, wie der „Monde", enthalten Korrespondenzen, welche die Zustände Hannovers als eine Art Sklaverei darstellen und den Tag der Erhebung mit französischer Hülfe horbeiflehen. Die Niederwerfung Preußens schildern diese Parteien als materiell leicht durchzuführen, der nationalen Bestimmung legen sie kein Gewicht bei, oder verkleinern und täuschen damit in unverantwortlicher Weise das französische Volk. — Möchte der Kaiser unwandelbar seiner bisherigen Politik gegen Deutschland treu bleiben! Sie gereichte beiden Nationen zum Segen.

Ausland.

Wien, 9. April. (N. A. Z.) In einem Punkte sind einmal so ziemlich alle unsere Blätter einig, nämlich darin, daß Oesterreich sich unbedingt neutral verhalten müsse, wenn die luxemburgische Frage zu Konflikten im westlichen Europa führen sollte. Es hätte übrigens dieses einmüthigen Appells nicht benöthigt, um die Regierung zu einer vorsichtig abwartenden Haltung zu bestimmen. So viel aus den maßgebenden Regimen transpirirt, beabsichtigt Herr v. Beust, sich nach keiner Richtung hin zu engagiren, und eine Nothwendigkeit hierzu ist um so weniger ersichtlich, als noch allgemein die Ueberzeugung vorwaltet, es werde sich ein friedlicher Ausweg aus der wegen Luxemburgs erhobenen Diskussion ermitteln lassen. Ein sicherer Beweis, daß die Situation im Allgemeinen nicht für besonders bedrohlich angesehen wird, ist die auf heute Abend angesetzte Abreise des Minister v. Beust und Graf Taaffe nach Prag. Im dortigen Landtag stehen sich die Gegensätze ziemlich schroff gegenüber. Es stehen zwar vorderhand nur Wahlprüfungen auf der Tagesordnung, aber selbst bei diesem gewöhnlich als nebensächlich behandelten Akte finden ernste Reibungen statt. Gegen die Wahlen aus dem Großgrundbesitz, deren februaristischer Ausfall die Föderalisten in die Minorität gedrängt hat, haben Graf Clam-Martinitz und Genossen einen motivirten Protest eingebracht, auf welchen hin der Landtag verfügte, daß die Prüfung der Wahlen dieser Kurie durch einen Ausschuß vorgenommen werden solle, welcher ausschließlich aus den Gruppen der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden zusammengesetzt worden ist.

— Mit der Einführung von Hinterladungs-Gewehren bei unserer Armee wird es noch gute Weile haben. Die für diese Sache eingesetzte Kommission hatte sich nach langen Versuchen für ein System Wäntzl entschieden, und sind auf Gewehre dieser Gattung größere Bestellungen gemacht worden. Nun hat es sich aber herausgestellt, daß Gewehre, nach dem Wäntzl'schen System konstruirt, ganz unbrauchbar sind, die Bestellungen mußten zurückgenommen werden und das Experimentiren kann von Neuem beginnen.

Paris, 10. April. Das Pariser Journal „La Presse" ist natürlich fest davon überzeugt, daß die Luxemburger Franzosen werden wollen, und bringt, um das zu beweisen, wirklich den Text einer Adresse zum Vorschein, welche, ihrer Angabe nach, von einer großen Anzahl von Gemeinderäthen, Kaufleuten, Magistratspersonen, Advokaten, Beamten und Eigenthümern unterzeichnet ist. Die Adresse lautet in der Rückübersetzung:

„An Se. M. König Wilhelm III., König der Niederlande, Prinzen von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg u. s. w. u. s. w. Sire! Gestatten Sie mehreren Ihrer getreuesten Unterthanen, Bewohnern der Stadt Luxemburg, in diesem Moment der höchsten Besorgniß ihre Stimme am Thron zu erheben! Luxemburg, glücklich und frei, blühte unter dem Scepter Ihres glorreichen Hauses; immer und ewig wird es dessen eingedenk sein. Heute sind die Geschicke Ew. Majestät und unserem Lande feindlich; die Tage unserer Unabhängigkeit scheinen gezählt. Nach den großen Ereignissen des letzten Jahres, welche den früheren deutschen Bund gelöst, vermögen wir nicht mehr mit Sicherheit auf die Erhaltung unserer nationalen Existenz zu zählen. Mag nun die Festung künftig Norddeutschland oder Frankreich gehören: — was auch kommen mag, das Land muß unvermeidlich dem Geschicke der Nation folgen, welche Herrin der Hauptstadt ist. Wenn unter diesen Umständen uns der Anschein der Unabhängigkeit bleiben könnte, so wäre selbst der nur unsicher und vorübergehend: eine solche Situation wäre nur eine Verlängerung der Agonie des Landes. Einerseits wünscht Frankreich die Annexion des Großherzogthums, andererseits scheut das Großherzogthum zurück vor dem Eintritt in den norddeutschen Bund, vor dem Aufgehen in Deutschland. Wir bewundern Deutschland, aber unsere Sympathieen, unsere Sitten, unsere Traditionen, unser energisches Gefühl allgemeiner Gleichheit, unsere uralten Freiheiten, alles das zieht uns nicht zu Deutschland, sondern zu Frankreich. Dort werden wir alle ein neues Vaterland finden, uns eine neue Zukunst schaffen. Diese Gefühle, diese Hoffnungen theilt das ganze Land. Bräche der Krieg aus, wir würden, welchen Ausgang er auch nähme, seine ersten Opfer sein. Wir zittern jetzt schon für unsern häuslichen Heerd, für unsere Familien, für unser Geschick. Ew. Majestät wird in Ihrer Großmuth und Güte unsere Unruhe begreifen und unsere Klagen entschuldigen. Wenn Ew. Majestät, wie wir, davon überzeugt sind, daß unsere Unabhängigkeit, wie theuer uns dieselbe auch ist, nicht mehr garantirt werden kann, so können Sie, Sire, ohne Ihre väterliche Mission zu verletzen, ohne die Interessen Luxemburgs zu schädigen, den Wunsch Frankreichs erfüllen. Die reine Liebe zu unserem theuren Vaterlande, die Besorgniß für seine Zukunft flößen uns diese Sprache ein. Was aber auch kommen mag, die Anhänglichkeit an das glorreiche und edle Haus Oranien wird niemals in unseren Herzen erlöschen! Hoch lebe König Wilhelm III." Folgen die Unterschriften.

Wir haben zunächst keinen Gruud, bemerkt die „A. Pr. Z." hierzu, diese Adresse etwa für untergeschoben zu halten; wie sie sich mit dem urdeutschen Wesen, das nach der Behauptung mancher Leute in ganz Luxemburg herrschen soll, vertragen würde, ist freilich schwer abzusehen. Zum Gegenbeweise wären sehr entschiedene Kundgebungen im deutschen Sinne nothwendig.

— Aus den heutigen Mittheilungen der Regirrung in den Kammern ergiebt sich, daß dieselbe keineswegs auf Luxemburg verzichtet, wenn die Preußen es räumen; man folgert vielmehr daraus, daß sie die Preußen hinaus diplomatiren will, um es zu nehmen. Zu diesem Zweck will sie sich von den Unterzeichnern des Vertrages von 1839 die Erklärung geben lassen, daß sie dem König von Holland das Recht zuerkennen, Luxemburg an Frankreich zu verkaufen. Frankreich, als neuer Eigenthümer, wird den Preußen in der Festung die Miethe kündigen und sein Recht des Hauseigenthümers ebenfalls gegen dieselben exekutiren. Es ist noch nicht sehr wahrscheinlich, daß auf diesem Wege der Frieden erhalten werden kann. Doch schmeichelt sich das Tuilerienkabinet, es sei Preußen ebensowenig als ihm um einen verhängnißvollen Krieg zu thun, und der König Wilhelm werde auf den Rath dreier Großmächte Luxemburg ohne Schwäche und Unehre räumen können. Aber wird ihm dieser Rath gegeben werden? England will allerdings das Verkaufsrecht des Königs von Holland nicht schmälern, aber die freie Selbstbestimmung Preußens um so weniger beeifluſſen, als es offen und ehrlich für Belgien einsteht, das von den Franzosen in Luxemburg eben so sehr in die Enge getrieben wird, als dieselben dem linken Rheinufer näher kommen Aehnliches ist vom russischen Hof zu erwartən. Man weiß bereits, daß Oesterreich weder Frankreich ein Hinderniß bereiten, noch dem Grafen Bismarck einen guten Rath ertheilen wird. Wenn aber die drei Großmächte es unterlassen, Preußen die Räumung anzurathen, so wird Graf Bismarck nicht einmal die Beschönigung eines solchen Rückzug finden und sich um so schwerer dazu entschließen. Will Frankreich dann noch den Kauf als endgültig betrachten, so würde es zur Exekution schreiten müssen. Möglich, daß während der diplomatischen Korrespondenz irgend etwas ermittelt wird, was Frankreich einen leidlichen Vorwand zu einer nicht allzu skandalösen Rekulade liefert. Mittlerweile können sich aber auch in Frankreich die Leidenschaften gegen Preußen erhitzen, wie es sogar in der heutigen Kammersitzung der Fall war, und Deutschland wird dann um so entschiedener der französischen Anmaßung entgegentreten; die neuliche Volksversammlung in Berlin giebt bereits eine Probe davon. Die französische Regierung möchte letztere Demonstration verheimlichen, so wie sie die Schlußworte des Lord Stanley über die englische Garantie Belgiens unterdrücken ließ. Sie will lieber abwiegeln, als aufwiegeln, obgleich Tag und Nacht an den Rüstungen gearbeitet wird. Ein Krieg mit Deutschland ist im guten und schlechten Sinne eine Existenzfrage für die Dynastie; ein schlechter Vergleich mit Preußen wäre aber auch nicht viel anderes.

— Nelaton will den Kaiserlichen Prinzen auf fünf Jahre nach Madeira schicken. — Die über die Miethserhöhungen unwilligen Studenten belegten gestern in einem großen Meeting eine Anzahl der theuersten Hotels des Quartier Latin für alle Zeit mit der Acht.

London, 9. April. Die zur Untersuchung gegen die gefangenen Fenier niedergesetzte Spezial-Kommission in Dublin begann gestern ihre Wirksamkeit. Der Lord Oberrichter White hielt eine anderthalb Stunden dauernde Rede und erklärte die Verschwörung als eine Konspiration gegen das Eigenthum und berechnet, einen Konflikt zwischen der Bevölkerung hervorzurufen, der nur enden könne, indem die eine Partei von der andern in das Meer getrieben werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede bemerkte der Präsident, das fenische Projekt sei eine Ausgeburt der Fremde und des Sozialismus. Die dürftigen Abenteurer, die es erzeugt, hätten nichts gemein mit denjenigen, deren große Ideen ein Segen für die Welt geworden.

Spanien. Der spanische Senat hat, wie wir richtig vorausſahen, den Antrag abgelehnt, sein Bedauern über das Verfahren der Regierung gegen den früheren Senats-Präsidenten Marschall Serrano auszusprechen. Es ist übrigens bemerkenswerth, daß die Ablehnung nur mit 97 gegen 89 Stimmen beschlossen worden ist.

⊙ **Aus Polen,** 5. April. Die Regierung macht bekannt, daß junge Leute, welche der russischen Sprache mächtig sind und im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Religionslehre einige Kenntniß haben, sich zur weiteren Ausbildung zu Volksschullehrern melden sollen. Außer der Befreiung vom Militärdienst wird denen, welche sich dem Lehrerfache widmen wollen, auch der freie Unterhalt und Unterricht während der Seminarzeit gewährt. Das ist Alles recht gut und wird namentlich die Befreiung vom Militärdienst recht anziehen; allein was soll geschehen, wenn sich junge Leute wirklich melden, da noch nirgends ein Seminar oder eine Anstalt zur Unterbringung nnd Ausbildung derselben besteht? Die Sachen machen sich auf dem Papiere recht schön und die vielen Verordnungen, Pläne und Reglements für die Volksbildung sehen wirklich so aus, als wollte die Regierung im Ernste dieses wichtigen Zweiges der Verwaltung sich annehmen; allein für eine Ausführung der Erlasse ist bis jetzt noch nicht das Mindeste geschehen und wir sind eher zurück als vorwärts gekommen in Bezug auf das Volksschulwesen, da in letzterer Zeit mehr als die Hälfte der wenigen Dorfschulen, die bisher von Gutsherren errichtet und unterhalten worden, vollständig eingezogen sind, weil diese sich zur weiteren Unterhaltung derselben nicht mehr verstehen wollen. — Die Postverwaltungen werden nun auf russischen Fuß eingerichtet und somit wird das letzte Institut, welches bis jetzt noch an Polen erinnerte, auch aufhören, polnisch zu sein. — Die Münze, welche in Warschau bestand und polnische Scheidemünze prägte, hört zum 1. Juli auf und wird das Etablissement zu Militärzwecken eingerichtet werden.

Bukarest, 11. April. Die Session der Kammer ist bis zum 20. April verlängert worden. — Der Fürst von Serbien wird nächsten Sonntag hier eintreffen.

Pommern.

Stettin, 12. April. Der Herr Ober-Präsident hat unterm 8. d. M. folgende Bekanntmachung erlassen: „Nachdem in Folge der politischen Ereignisse des verflossenen Jahres die Gewährung von Darlehnen zur Hebung der Bodenkultur aus dem Altpommerschen Meliorations-Fonds zeitweise hat eingestellt werden müssen, bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bewilligung von Darlehnen aus dem qu. Fonds wieder erfolgen kann. In Betreff der Bedingungen, unter denen Darlehne gewährt werden, verweise ich auf die Bekanntmachung vom 16. April 1852 (Amtsblatt der Regierung zu Stettin de 1852 S. 131)."

— Der Arbeitsmann Hermann Kostbahn zu Demmin hat am 11. Februar d. J. einen 7jährigen Knaben, welcher durch das Eis des Mühlgrabenteichs durchgebrochen war, mit eigener Gefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Es wird diese menschenfreundliche Handlung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Kostbahn eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— Die erledigte Kreis-Sekretär-Stelle bei dem Königlichen Landraths-Amt in Greifenhagen ist dem bisherigen Civil-Supernumerar Otto verliehen worden.

— Die Pfarrstelle in Hasenfier, Synode Ratzebuhr, Privatpatronats, zu welcher 3 Kirchen gehören, ist durch Todesfall erledigt und zum 1. April 1868 wieder zu besetzen. — Der Pastor Goetsch, bisher in Hindenburg, ist zum Pastor in Brüsewitz erwählt und in sein neues Amt eingeführt worden. — Der bisherige Gymnasiallehrer, Predigtamts-Kandidat Dr. Stürzebein, ist zum Archidiakonus an der St. Marienkirche in Cöslin erwählt und in sein neues Amt eingeführt worden.

— Den Domainen-Pächtern von Schuckmann zu Lindenberg und Müller zu Mühlenhagen ist der Charakter „Königl. Ober-Amtmann" verliehen.

— Vorgestern in der Mittagsstunde sind von den Treppenfluren des Verkaufslagers der pomm. Siederei am Speicher zwei messingne Gasarme abgebrochen und entwendet.

— Das Krönungsbild des Prof. Menzel, welches sich bis jetzt in der Kunstausstellung zu Königsberg befand, wird nunmehr mit Genehmigung des Königs auch die hiesige Kunstausstellung schmücken.

Tribsees, 10. April. Am 8. d. Mts. wurde hier der neugewählte Rektor Reep durch einen kirchlichen Akt in sein Schulamt eingeführt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 11. April. Die „France" dementirt das Gerücht von Einberufung der Reserven, sowie den Erlaß eines angeblichen kriegerischen Tagesbefehls Palikao's an die Armee von Lyon. — Die „Patrie" dementirt die Nachricht, daß der König von Holland Luxemburg an den Prinzen Heinrich abgetreten habe.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 11. April, Vormittags. Angekommene Schiffe: Stranger, Lord von Middlesbro; Kate, Munro von Newcastle; Stolp (SD), Ziemke von Kopenhagen; Seven, Reid von Hartlepool; Anne Lauri, Small von Alloa; letzte 2 löschen in Swinemünde. Im Ansegeln: Hoffnung, Andersen von Arnis; Baltic, Orren von Middlesbro. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 14¾ F.

11. April, Nachmittags. Sophie, Sörensen von Cappeln; Heinrich, Jacobsohn von Windau; Baltic, Orren von Middlesbro löscht in Swinemünde. Revier 14⁸⁄₁₂ F. Wind: W. 3 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. April. Witterung: regnigt. Temperatur + 4° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen behauptet, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 85—90½ Rt bez., geringer 75—84 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 88½ Rt bez. u. Br., Mai-Juni 87 Rt bez. u. Br., Juni-Juli 87¼, 87 Rt bez. u. Br., Juli-August 85 Rt Br., Septbr.-Oktober 80 Rt Br.

Roggen fester, loco pr. 2000 Pfd. 54—56 Rt bez., feiner 57 Rt bez., Frühjahr 55½, ¼ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 55⅝, ⅜ Rt bez., Juni-Juli 55½ Rt bez., Juli-August 54½ Rt bez., September-Oktober 52 Rt Br., 51½ Gd.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Rüböl höher bezahlt, loco 11¼ Rt Br., April-Mai 11 Rt bez. u. Gd., September-Oktober 11½ Rt Br. u. Gd.

Spiritus etwas höher, loco ohne Faß und mit Faß 16⅓ Rt bez., Frühjahr 16⅓ Rt Gd., Mai-Juni 16⅜ Rt bez., 16⁵⁄₁₂ Gd., Juni-Juli 16¾ Rt bez., 16⅔ Rt Gd., Septbr.-Oktober 16⅚ Rt bez.

Angemeldet: 100 Wspl. Hafer.

Berlin, 12. April, 2 Uhr 45 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 80½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 98 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 90 bez. Oesterr. National-Anleihe 51 bez. Pomm. Pfandbriefe 87¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175 bez. Amerikaner 6% 76¼ bez.

Roggen Frühjahr 57¼ bez., 57⅛ Br., Mai-Juni 57¼, 56⅞ bez., Juni-Juli 57, 56¾ bez. Rüböl loco 11⅛ Br., April-Mai 11⁷⁄₂₄ bez., ¹⁄₁₂ Br., Mai-Juni 11⅛ bez., September-Oktober 11⅔, ⁷⁄₁₂ bez. Spiritus loco 16⅞ bez., April-Mai 16⁵⁄₁₂, 16½ bez., Mai-Juni 16¹³⁄₂₄, ⅚ bez., Juni-Juli 17 Br., 16¹¹⁄₁₂ bez.

Breslau, 11. April. Spiritus 8000 Tralles 16⁵⁄₁₂. Weizen pr. April 76½ Br. Roggen pr. April 57, do. pr. Frühjahr 56. Rüböl pr. April 10⅙. Rapps pr. April 93 Br. Zink pr. April geschäftslos.

Hamburg, 11. April. Getreidemarkt. Weizen loco knapp, höher. Pr. April 5400 Pfd. netto 159 Bankothaler Br., 158 Gd., pr. Frühjahr 157 Br., 156 Gd. Roggen loco fest. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 94 Gd., pr. Frühjahr 95 Br. u. Gd. Hafer ruhig. Oel Anfangs flauer, loco 24⅜, pr. Mai 24⅜, pr. Oktober 25½. Spiritus sehr ruhig, 22½. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Regen und Wind.

Stettin, den 12 April.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	150⅞ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 23⅝ B	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	6 22⅛ B	Pr. National-V.-A.	4	115 B
Paris	10 Tg.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	80⁷⁄₁₂ B	Pomerania	4	—
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	102½ B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	625 B
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	91 B
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
„ „	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	—	Gemeinn. Bauges.	5	—